

Aufruf

#noNPOG - Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen das neue Polizeigesetz für Niedersachsen

Der Gesetzentwurf der rotschwarzen Landesregierung für ein „Polizei- und Ordnungsbehördengesetz“ sieht massive Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse und einen Abbau demokratischer Freiheits- und Grundrechte vor.

- polizeiliche Sanktionen und Überwachungsmaßnahmen gegen konkrete Personen bei bloßer Annahme der zukünftigen Begehung einer terroristischen Straftat (Meldeauflagen, elektronische Fußfessel, Präventivgewahrsam bis zu 74 Tagen, Überwachung der Telekommunikation und polizeiliche Online-Überwachung durch Trojaner u.v.m.)
- verschärfte Strafverfolgung von Versammlungsteilnehmern/innen (Vermummung als Straftatbestand, Ausweitung des Landfriedensbruchtatbestandes als besonders schwere Straftat usw.)
- Überwachung des öffentlichen Raums (Bild- und Tonaufnahmen von Personen bei öffentlichen Veranstaltungen, Bildübertragung aus öffentlich zugänglichen Räumen etc.)
- Einsatz von Elektroimpulsgeräten („Elektroschocker“ oder Taser)

Wir als aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter streiten für unsere Freiheits- und Bürgerrechte. Freies und selbstbewusstes gewerkschaftliches Handeln braucht einen freiheitlichen Rechtsstaat.

Wir wissen, dass Einschränkungen immer auch unsere Gewerkschaftsarbeit beeinträchtigt. Deshalb verstehen wir uns als Teil einer Bewegung für mehr Freiheit und Demokratie.

- **Wir fordern die Landesregierung auf, ihren Gesetzentwurf zurückzuziehen.**
- **Wir fordern eine Gesetzgebung, die die Bürger- und Freiheitsrechte stärkt.**
- **Wir unterstützen die Proteste und Demonstrationen gegen den Entwurf für ein Niedersächsisches Polizeigesetz und fordern zur Beteiligung auf.**

Wer diesen Aufruf unterstützen will, schickt bitte eine Mail (mit Angabe der gewerkschaftlichen Funktion) an: sebastian.wertmueller@verdi.de

Weitere Informationen:

- <https://niedersachsentrojaner.de> (das landesweite Bündnis gegen das NPOG)
- <https://freitsfoo.de> (eine Seite mit vielen Hintergrundinformationen)

Hrsg.: Sebastian Wertmüller, ver.di-Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen

